

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold - Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Wochensatz 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,50 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einzelne Seite oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamette 45 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5790. - Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 70

Altensteig Donnerstag den 25. März

1926

Debatte über Genf im engl. Oberhaus.

London, 24. März. Lord Oxford and Asquith, der die Debatte im Oberhaus über Genf einleitete, erklärte, er verfolge den Zweck, heute durch seine Rede wesentliche und wirksame Versicherungen bezüglich der Zukunft zu erhalten. Der Pakt von Locarno sei mit allgemeiner Befriedigung in England begrüßt worden als ein Meilenstein auf dem Wege zur internationalen Freundschaft und zum internationalen Einklang. Es sei eine deutliche aber bedauerliche Tatsache, daß der Locarnopakt im gegenwärtigen Augenblick, vom juristischen Standpunkt aus gesehen, überhaupt keine Wirksamkeit habe, trotz der sehr zweideutigen retroaktiven Erklärungen, die zum Schlusse der Genfer Verhandlungen von Seiten der Vertreter der Mächte abgegeben worden seien. Die deutsche Regierung habe nach Locarno ein Zirkular an die Mitglieder des Völkerbunds geschickt, in dem sie angefragt habe, ob sie, wenn Deutschland als Mitglied des Völkerbunds aufgenommen werde, darauf rechnen könne, daß es auch zu einem ständigen Mitglied des Völkerbunds gemacht werde. Nicht ein einziges der 19 Mitglieder des Rats, mit Ausnahme von Brasilien, das eine Art von zweideutigem Vorbehalt gemacht habe, habe in seiner Antwort angedeutet, daß eine weitere Vermehrung des Rats von ihm in Aussicht genommen werde. Deutschland sei daher vollkommen berechtigt gewesen, anzunehmen, daß sein Eintritt ohne weitere Reinigungsbedingungen erfolgen werde. Auch sei von niemand in Locarno angedeutet worden, daß irgendeine andere Umwidmung des Rats außer der, die notwendigerweise auf Deutschlands Eintritt in den Völkerbund folgen würde, beabsichtigt sei. Das englische Volk sei allgemein dieser Ansicht gewesen und er habe nie eine größere Einstimmigkeit in irgendeiner Frage der Außenpolitik erlebt. Als die Völkerbundsversammlung zusammengetreten sei und Vertreter von 40 oder 50 Staaten anwesend gewesen seien, hätten sie 10 oder 14 Tage in den Korridoren und Vorzimmern herumsehen müssen, während hinter verschlossenen Türen eine auserwählte Gruppe von Mächten, davon einige Großmächte und einige sehr kleine Mächte, sich mit Tauschhandelsangelegenheiten beschäftigten, um zu einer Vereinbarung untereinander zu gelangen.

Lord Oxford und Asquith fuhr fort, nachdem er den Wiener Kongreß als Vergleich für die Geheimnisträumerei auf der Genfer Konferenz herangezogen hatte, es habe auf der Genfer Konferenz keine öffentlichen Erklärungen gegeben außer dem Klatsch der Zeitungsberichterstattung über die Vorgänge und Intrigen hinter den verschlossenen Türen. Lord Oxford sagte, er habe die gestern von Chamberlain abgegebenen Erklärungen gelesen und schloß sich seiner Beschuldigung oder Insinuation, die gegen die Ehre Chamberlains oder seinen Wunsch, die Wirksamkeit des Völkerbunds selbst zu fördern, gerichtet seien, an. Weiter fragte Lord Oxford die Regierung, ob sie auch fernerhin die Regel vertritt, daß die Beschlüsse des Rats einstimmig sein müßten, ob die gebildete Kommission Vertreter Deutschlands enthalten werde, ob sich die ständigen Mitglieder auf die Großmächte beschränken würden und ob die britische Regierung darauf bestehen werde, daß die bedingungslose Aufnahme Deutschlands die erste und dringlichste Frage sei. Schließlich erklärte er, man könne in einem Teil Europas ein wachsendes Bestreben feststellen, die alten zum Kriege führenden Gruppierungen und Bündnisse wiederherzustellen.

Lord Salisbury, der für die Regierung antwortete, betonte, der Rückschlag für den Völkerbund dürfe nicht überschätzt werden. Die Locarnoverträge seien in keiner Weise durch das, was gesehen sei, verletzt. Die Regierung habe keinen Grund zu der Annahme, daß im September Deutschland nicht in den Völkerbund und in den Völkerbundsrat aufgenommen werden würde. Die Locarnoverträge würden dann in Kraft treten. Die Regierung sehe weiter zu der Regelung, daß die Ratsbeschlüsse einstimmig sein müßten. Die Kommission werde aus 10 Mitgliedern des Rats und Vertretern Argentiniens, Deutschlands, Chinas, Polens und der Schweiz bestehen. Was die Frage der Beschränkung der ständigen Sitze auf die Großmächte betreffe, so sei dies ein Grundlag, mit dem man zu arbeiten beabsichtige. Was die Frage betreffe, ob Deutschland allein im September aufgenommen werde, so sei dies eine der Fragen, die an die Kommission verwiesen worden seien. Aber der britische Vertreter werde für nichts stimmen, was

Deutschland hindern würde, in den Rat zu kommen. — Auf die Frage Lord Parmoores, welches die Haltung der Regierung gegenüber Spanien und Polen sei, erklärte Lord Salisbury, dies falle unter die Obliegenheiten der Kommission. Man müsse dem britischen Vertreter in der Kommission vertrauen. Damit fand die Debatte ihr Ende.

Die englische Presse zu Chamberlains Erfolg

Im ganzen ist es also Chamberlain gelungen, die Opposition matt zu legen, indem er sich in die Verteidigungsstellung begab, und nur auf das einwies, was vorgebracht wurde. „Morning Post“ meint, die einzige Gefahr für den europäischen Frieden sei in diesem Augenblick der Völkerbund selbst. Die wunderbare Entschlossenheit, die Europa durch eine amerikanische Nation aufgebrochen wurde, werde nun durch eine andere amerikanische Nation zum Stillstand gebracht. Die Times behandelte die gestrige Debatte in einem ausführlichen Leitartikel und jagte, Chamberlain habe bei der gestrigen Debatte im ganzen gut abgeschrieben. Man könne nur bedauern, daß er sich nicht früher ebenso frei und offen geäußert habe. „Daily Express“ hielt ihrer bisherigen Stellungnahme treu. Chamberlains Verteidigung der Genfer Katastrophe laut das Blatt, sei der Schlüssel für die Unordnung, in die seine Urteilsfälle durch diese zwecklosen Verhandlungen geraten wären. „Daily Chronicle“ meint, Chamberlain wäre zwar die Erweiterung des Völkerbunds nicht mißgünstig, doch hätte er dessen eine leichte Aufgabe in der Behandlung der lebenswichtigen Arbeit im Unterhaus gehabt. Die lauten Proteststimmen von 200 Konventionen seien durch den Einseitigkeit zum Stillstehen verurteilt worden. So wäre es denn für ihn leicht gewesen, einen Vertrauensbeweis zu erhalten.

Die Steuerpolitik.

Was augenblicklich in der Steuerpolitik vor sich geht, ist geeignet, Verwirrung im Parlament zu schaffen. Der neue Reichsfinanzminister kam aus Dresden mit einem Paket von Steuererleichterungen, deren Durchführung das Gesamtkonzept jederzeit zur notwendigen Belebung der Wirtschaft für erforderlich hielt. Inzwischen hat die Bayerische Volkspartei, um ihrer Tradition Genüge zu tun, verlangt, daß die am 1. April 1926 eintretende 30prozentige Biersteuererhöhung ausgeht. Ferner haben sich die bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Sozialdemokratie die Forderung nach völliger Aufhebung der Weinsteuer zu eigen gemacht. Damit ergibt sich natürlich im Haushalt für 1926 ein Ausfall von Einnahmen, der irgendwie wieder wettgemacht werden muß. Deshalb will man die Umsatzsteuer nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, von 1 auf 0,8 senken, sondern nur auf 0,75 Prozent. Man wünscht also eine Steuerentlastung, die der Gesamtwirtschaft zugute gekommen wäre, um gegen besondere Steuererleichterungen an einzelne nicht gerade übermäßig wichtige Wirtschaftsgruppen. Gegen den Erlaß der Weinsteuer wird man wegen der Not der Winzer nichts einzuwenden haben, und besonders nicht diejenigen, die eine Hilfe für die Winzer auf außenhandelspolitischem Gebiet für unangebracht halten. Aber ob die Biersteuererhöhung fallen muß, ist doch mehr als fraglich. Es ist im Augenblick noch nicht zu sehen, wie das neue, man kann sagen, allerneueste Steuerprogramm parlamentarisch erledigt werden soll. Mit den Sozialdemokraten, deren außenpolitische Unterstützung Luther braucht, geht es bestimmt nicht. Die Regierungsparteien haben sich auf das Kompromiß geeinigt, die Möglichkeit von Verzögerungen bleibt aber bestehen.

Neues vom Tage

Gesamtergebnis aus dem Volksbegehren

Berlin, 24. März. Nach den vorläufigen amtlichen Ermittlungen beträgt die Gesamtzahl aus der Abstimmung für das Volksbegehren 12 512 140 Stimmen.

Zum Ergebnis des Volksbegehrens

Berlin, 25. März. Zu dem Ergebnis des Volksbegehrens nimmt nur ein Teil der Berliner Blätter Stellung.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Zweifellos ein Erfolg, der nicht weggeleugnet werden kann. Wenn auch die Mehrzahl des deutschen Volkes dem Volksbegehren ferngeblieben ist, so muß doch angesichts der hohen Zahl der Eintragungen die ernste Mahnung an alle bürgerlichen Kreise gerichtet werden, Aufmerksamkeit und Abwehrenenergie auf die Vorgänge zu konzentrieren, von denen der Entleerungsanfang gegen die Fürsten nur ein Vorpostengefecht ist.

Die „Tägliche Rundschau“ ist der Ansicht, daß der Ausfall des Volksbegehrens den Mißerfolg des Volksentscheids

in sichere Aussicht stellt. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten müßten noch rund 7,5 Millionen Wähler an die Urne bringen, ein Erfolg, der außer aller Wahrscheinlichkeit stehe.

Die „Morgenpost“ sieht in der Tatsache, daß die erforderliche Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren um das Dreifache überschritten worden ist, einen Beweis für die große Erregung, die infolge der maßlosen Ansprüche der Fürsten alle Volksschichten erfaßt hat.

Der „Vorwärts“ nennt das Ergebnis des Volksbegehrens eine weltgeschichtliche moralische Beurteilung der deutschen Fürstenhäuser.

Die „Rote Fahne“ schreibt: Das Ergebnis beweist, wie stark die Fürstenteignungsbewegung unter den Anhängern der bürgerlichen Parteien Fuß gefaßt hat.

Brasilians Note

Berlin, 24. März. Aus Anlaß der letzten Debatte im Reichstag und im englischen Unterhaus über die Völkerbundsfrage wird der Wortlaut der Note vom 1. Dezember 1924 veröffentlicht, mit der die brasilianische Regierung seinerzeit auf das deutsche Memorandum vom September 1924 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geantwortet hat. Diese Note schließt mit folgenden Darlegungen: Brasilien hat sich an keinerlei Einwendungen gegen den Eintritt Deutschlands als Mitglied des Völkerbunds zu erheben, im Gegenteil, es wünscht, daß dieser Eintritt sich vollziehe. Auch ist Brasilien im Prinzip nicht dagegen, daß das neue Mitglied einen ständigen Sitz im Rats erhalte. Diese Fragen und die anderen, auf die sich das Memorandum der deutschen Regierung bezieht, werden von Brasilien unvoreingenommen Geistes und in gerechter Abwägung ins Auge gefaßt werden, sobald wir berufen werden, die Angelegenheit bei ihrer Erörterung vor der Völkerbundsversammlung zu behandeln.

Genf Weltkongreß Parteivorstand der Deutschnationalen

Berlin, 24. März. In der heutigen Sitzung der Parteivorstellung der Deutschnationalen Volkspartei wurde einstimmig ein Beschlusses über die Parteivorstandes, der Parteileitung und der Bundesverbandsvorstände der Parteivorstände der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, durch Zufall zum Parteivorstandes gewählt.

Stragnafis Bericht über Genf

Warschau, 24. März. Im Kasowitzer Ausfluß des Sejm erstattete Ministerpräsident Stragnafis Bericht über die Genfer Tagung. Er erklärte, daß die Forderung Polens, gleichzeitig mit Deutschland in den Rat einzutreten, nicht aus Profingründen erfolgt ist. Polen vertrete vielmehr den Standpunkt, daß der Friede und die Entwaffnung unmöglich seien, solange nicht Deutschland mit Polen zusammen am Tische des Völkerbunds saße. Keunig fragte, der in Genf vertretenen Nationen hätten die Forderung anerkannt? Nach der Rede Stragnafis kam es zu einer heftigen Diskussion, die bis spät in die Nachtstunden andauerte. Am Donnerstag soll die Genfer Debatte fortgesetzt werden.

Französisch-spanische Offensiv in Marokko

Paris, 24. März. „Petit Journal“ will aus Rebat erfahren haben, daß eine gemeinsame französisch-spanische Offensiv gegen Abd el Krim bevorstehe, deren Einzelheiten zwischen dem spanischen Oberkommissar und dem französischen Oberkommando vereinbart worden seien. Abd el Krim habe bereits davon Kenntnis erhalten und habe die Hauptführer der Krieger und Nihilisten zusammenberufen, um den Widerstand zu organisieren. Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

Berlin, 24. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hielt vom 22. bis 24. März 1926 seine planmäßige Tagung in Berlin ab.

Die Finanzlage des Unternehmens bildete den Hauptpunkt der Erörterungen. Die vorjährige Wirtschaftsführung und die günstige Verkehrsentwicklung im Jahre 1925 werden einen befriedigenden Abschluß des ersten Geschäftsjahres ermöglichen. Der durch die Wirtschaftskrise bedingte starke Rückgang der Einnahmen in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres mahnt zu verstärkter Vorsicht. Die Ausgaben für werbende Anlagen müßten jetzt auf dem Wege der Kredite beschafft werden. Das Reich hat bekanntlich 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Verhandlungen wegen Beschaffung weiterer Kreditmittel sollen mit allem Nachdruck verfolgt werden, um

entsprechende Aufträge zur Wüldierung der Wirtschaftskrise vergeben zu können. An Verkehrs- und Betriebsverbesserungen sind zu erwägen, daß die Güterzüge durchweg wesentlich beschleunigt sind, das Netz der Eilgüterzüge ist erweitert und verdichtet, die Bildung geschlossener Güterzüge auf große Entfernungen wird besonders gefördert. Die Verbesserungen könnten ohne wesentliche Mehraufwendungen durch Ausnutzung der neueren technischen Möglichkeiten erreicht werden. Die weitere Durchbildung der Sicherheitseinrichtungen, besonders der Versuche zur Verhinderung des Ueberfahrens der Haltesignale ist in fortwährender Entwicklung begriffen.

Der ständige Personalstand ist auf 689 531 Köpfe im Januar 1926 zurückgegangen. Gebilligt wurde vom Verwaltungsrat die zum 1. April vorgeschlagene Einführung einer Krankenversicherung für Reichsbahnbeamte, die den Interessen der männlichen und weiblichen Reichsbahnbeamten und nichtversicherungspflichtigen Angestellten und deren Familienangehörigen wertvolle Vorteile sichern, wie Zulage zu den Kosten der ärztlichen Behandlung, freie Arznei und Heilmittel, Zuschüsse zur Zahnbehandlung und Zahnersatz, Zuschuß zu den Kosten bei Krankenhausbehandlung, bei Wochenhilfe und einen Zuschuß bei Todesfall des Mitglieds und seiner Ehefrau.

Die Entscheidung des internationalen Schiedsgerichts zur Auslegung des Dawesplanes

Haag, 24. März. Das internationale Schiedsgericht zur Auslegung des Dawesplanes hat heute vormittag in öffentlicher Sitzung entschieden, daß die für soziale Versicherungen in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien an Frankreich und Polen zu leistenden Beiträge in den Jahreszahlungen des Dawesplanes einbegriffen sind. Auch die für zivile und Militärpensionen in Elsaß-Lothringen von Deutschland zu leistenden Beiträge sollen in den Jahreszahlungen des Dawesplanes einbegriffen sein. Das Schiedsgericht hat dagegen entschieden, daß die Restitutions, die von Deutschland für eine Reihe verschiedenartiger Gegenstände und Wertpapiere zu leisten sind, nicht in den Dawesplan einbegriffen sind. Auch der von Deutschland Großbritannien geschuldete Betrag von 14 185 Pfund Sterling 9 Sch. 8 p für Kohlenlieferungen an den Dampfer „Jerusalem“ sind nach der Entscheidung des Schiedsgerichtshofes nicht mit in den Jahresraten einbegriffen. Hinsichtlich der Frage, ob die Jahreszahlungen auch die Beiträge umfassen, die durch das zur Ausführung des Artikel 92 des Versailler Vertrages (Regelung der Zivil- und Militärpensionen) zwischen der deutschen und der polnischen Regierung abgeschlossene Abkommen vom 9. Januar 1920 festgelegt worden sind, mit in die Jahreszahlungen einzurechnen sind, hat sich das Schiedsgericht zur Zeit für eine Entscheidung außer Stande erklärt.

Deutscher Reichstag

Die Not der Landwirtschaft

Berlin, 24. März.
Im Mittwoch fand auf der Tagesordnung die zweite Lesung des Entwurfs des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Verbunden damit war ein Gesetzentwurf über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung und eine Vorlage zur Aufhebung der Beschränkung über Kartoffeln, ferner 22 Antisane aller Parteien.
Abg. Dietrich-Baden (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der u. a. zur Bedeckung der Kreditnot eine Ermäßigung des Zinsfußes von 7,5 Prozent auf 5,5 Prozent fordernd und der empfiehlt, den Gütermarkt aufmerksam zu verfolgen. Bei Zwanosverfäulen namentlich großer Güter soll die Möglich-

keit des Ankaufes durch das Reich erwogen werden. Weiter wird verlangt die Förderung der gewerblichen Verwertung des Sotritins, die Anlage von Versuchsanstalten und Laborküchen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Anzuerkennend wird der Bau von Blühdampfern mit Schleiereinrichtungen zu fördern.
Minister für Ernährung und Landwirtschaft Haslunde weist darauf hin, daß die Landwirtschaft schwere Jahre habe durchmachen müssen. Trotzdem habe sie aus dem verdüngerten Boden das Beste herausgeholt, und damit eine Hungersnot verhindert und uns dem Ziele näher gebracht. Der Ernährung des Volkes aus eigener Scholle. Durch die Festigung unserer Währung haben wir eine neue solide Grundlage zum Weiterbau erhalten. Der Minister bespricht dann die gegenwärtige schwierige Lage der Landwirtschaft, besonders die Kreditnot. Er sagte Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft zu. Durch die weitere Beschränkung der Einfuhr ausländischer Rohstoffmittel müsse die deutsche Handelsbilanz aktiviert werden. Während früher Industrie und Landwirtschaft in frischem Wettlauf standen, steht es jetzt um die Existenz unserer Landwirtschaft. Bei der letzten Zollvorlage habe die Landwirtschaft nur einen ungenügenden Zollschutz erhalten, der ihr bei den Ernteverhältnissen keinen Nutzen bringen konnte. Beim Abschluß der Handelsverträge sei die Landwirtschaft weiter geschädigt worden. Der Minister erklärt, er werde sich persönlich dafür einsetzen, daß die Landwirtschaft bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen die notwendige Berücksichtigung ihrer Notlage finde und daß ihr der erforderliche Zollschutz nicht verweigert werde. (Beifall rechts.) Die Landwirtschaft habe unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise am meisten gelitten. Die Hilfe müsse von der Kreditseite kommen. Ansehts der gegenüber der Vorkriegszeit unerträglich gestiegenen Verschuldung der Landwirtschaft seien die bisherigen Kredite zur Abdeckung der leuzeren kurzfristigen durch langfristige Realkredite nicht ausreichend. Mit allem Nachdruck sei das Ministerium an der Arbeit, die Hilfe auf diesem Gebiet zu verstärken. (Beifall.) Für einen Teil der überforderten Betriebe werde bis zur nächsten Ernte Hilfe kaum noch möglich sein, aber man werde wenigstens das Gros der Landwirtschaft über die schlimmste Zeit hinwegbringen können. Eine ausreichende Finanzierung der Düngemittelbeschaffung werde voraussichtlich möglich sein. Sehr wichtig wäre für die Landwirtschaft in erster Linie die Belebung der Kaufkraft des inneren Marktes und an die Schließung der jetzt abnorm auseinandergehenden Preisbreite, zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten. Die notwendige Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte brauche nicht zu einer Belastung der Verbraucher führen, denn gerade hier könne die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sehr vermindert werden. Den Maßnahmen der Steigerung des deutschen Getreideablaufes, vor allem des Roggenverbrauches werden wir jede Unterstützung angedeihen lassen. Die Pferdeucht ist nicht zurückgegangen; aber die Einfuhr hat sich stark vermindert. Der Fleischverbrauch der Bevölkerung hat sich schon wieder auf 88,4 Prozent des Vorkriegsverbrauchs gehiebert. Die Versorgung mit Getreidefleisch ist ausreichend. Sehr beunruhigend ist die außerordentlich gestiegene Einfuhr von Milch- und Kollereisprodukten. Der Einfuhrüberschuß an Milch betrug im Jahre 1925 138.702 000 gegen 188.000 000 im Jahre 1913. (Beifall.)

Ein ausreichender Zollschutz für Butter und Käse wird zur Steigerung des heimischen Milchablaufes unvermeidlich sein. (Beifall rechts) Wir wollen alles tun, um diesem Betriebszweig zu helfen. Geradezu verhängnisvoll ist der Fall der Lage des deutschen Weinbaues. Die Reichsregierung ist weiter bestrebt, wirksame Hilfe zu schaffen. Sie hat sich trotz finanzpolitischer und landlicher Bedenken mit der Aufhebung der Weinsteuern einverstanden erklärt. (Beifall.) Der deutsche Ackerbau bedarf größeren Schutzes gegenüber dem künstlich gesteigerten Zudezport anderer Länder. Die deutsche Erntelosigkeit soll vergrößert und verbessert werden. Die weitere Intensivierung unserer Landwirtschaft mit dem Ziel größtmöglicher Steigerung der heimischen Erzeugung ist eine vaterländische Pflicht und ein volkswirtschaftliches Gebot. Durch die Zuführung weiterer 35 Millionen aus den Ueberschüssen der Reichsgeldbestände sollen mindestens 200 000 Hektar an extra reichem Kulturland geschaffen werden. Weitere 15 Millionen sollen der landwirtschaftlichen Seelands im Osten dienen. Die Reichsregierung will der Landwirtschaft nicht nur über die gegenwärtige Notlage hinweghelfen, sondern ihr auch einen gesunden Aufstieg für die Zukunft sichern.

Abg. Nob... (in Ges.) bezeichnet die Schilferung der Lage der Landwirtschaft durch den Minister als inoffiziell. Es sei höchst bedenklich, wenn jetzt gewaltige Summen aus Reichsmitteln einzelnen Gruppen der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Ein Zusammenbruch ist festzustellen bei der Arbeiterkraft, wo Millionen vollständig um ihre Existenz gebracht worden sind. (Sehr war bei den Ges.) Wenn die Arbeiterkraft so nach Reichshilfe schreien würde wie die Landwirtschaft, dann hätte sie mehr Berechtigung dazu. (Beifall bei den Ges.) Der vom Minister geforderte höhere Zollschutz ist kein geeignetes Mittel zur Hilfe für die Landwirtschaft. Am wichtigsten wäre eine Verbesserung der Produktionsmethoden der Landwirtschaft.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 24. März.

Der Landtag beriet in erster Lesung den Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Staatsverwaltung in Verbindung mit den Gesetzentwürfen über das Staatsministerium und die Ministerien, sowie über die Aufteilung des Oberamtsbezirks Weinsberg. Die Landtag war nicht beauftragt und am Rentenanstisch hatten sämtliche Minister Platz genommen.

Präsident K... gab zunächst folgende von dem Abg. Rath (D. Vn.) beantragte Entschließung bekannt: Das Staatsministerium zu ersuchen, den Landtag in künftiger Beitzürze einen dem ganze Land umfassenden Plan über die Neueinteilung der Oberamtsbezirke nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Verkehrsansammlungen vorzulegen, der das Bestehen erkennen läßt, möglichst Amtsbereichsverbände zu schaffen, die den nötigen ihrer Leistungsfähigkeit den erhöhten Anforderungen, die die Gegenwart an diese Verbände stellt, vollumfänglich genügen. Dann entließ Staatspräsident Basile das Wort, dessen Stimme er erkennen ließ, daß er die schwere Krankheit noch nicht voll überwunden hat. Er führte aus, daß in seine Zuständigkeit nur die beiden ersten Gesetze fallen, während das letztere von Ministerium des Innern vertreten werde. Ein Abbau von 1000 Beamten durch die Vereinfachung ist nicht möglich. Bei den Lehrern kann man nicht weiter abbauen und bei der Schutzpolizei ohne Gefährdung der öffentlichen Sicherheit auch nicht. Trotzdem muß der Landtag der Frage der Vereinfachung näher treten, weil Ersparnisse gemacht werden müssen, auch wenn sie gering sind. Zunächst muß man mit der Vereinfachung bei der Zentralverwaltung anfangen. Hier sind nach der Befragung vier Gesetze notwendig, das bereits vorliegende über das Staatsministerium und die Ministerien, ferner ein Gesetz über den Rechnungshof, wozu die Regierung jedoch absieht, weil die Neuorganisation leuzer wäre als der alte Zustand, weiterhin ein Gesetz über die Verfertigung der Hinterbliebenen der parlamentarischen Minister, das in Ausarbeitung begriffen ist, und schließlich ein Gesetz über die Vereinfachung der Staatsverwaltung. Im Falle der Landesmittelbehörde, das gleichfalls vorliegt. Das Gesetz über das Staatsministerium hält im wesentlichen das anrecht, was bereits rechtens war. Neu ist nur die Zusammenfassung des Arbeits- und Ernährungsministeriums zu einem Wirtschaftsministerium. Was das Gesetz über die Aufhebung föderaler Organisationen und Landesmittellstellen enthält, könnte die Regierung auch ohne Gesetz durchführen. Es handelt sich hier nicht um ein diktatorisches Ermächtigungsgesetz wie 1921, auch ist keine Zweidrittelmehrheit notwendig. Wenn die Regierung trotzdem einen Gesetzentwurf vorlegt, so lediglich im Hinblick auf beamtentechnische Bestimmungen, zu deren Veränderung die Zustimmung des Landtags notwendig ist. Sollte das Zentrum Befürchtungen wegen Aufhebung des katholischen und evangelischen Oberprälaten, so kann man in diese Behörden von der Aufhebung ausnehmen. (Zuruf: Die Konzeption an das Zentrum!) Wenn aber das Gesetz über die Landesmittellstellen abgelehnt wird, so ist das auch kein Anlaß. Die Regierung wird dann aus eigener Machtvollkommenheit das durchführen, was sie für richtig hält.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leonine v. Winterfeld.
Copyright by Greiner & Co., Berlin S. 30.
Nachdruck und Uebersetzungsbrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

10. Fortsetzung.

Furchtbar einfach. Das einfachste Gesetz in der Physik, daß sich die entgegengesetzten Elektrizitäten anziehen, die gleichnamigen aber abstoßen. Damit ist für mich das ganze Verhältnis zwischen Mann und Weib erklärt. Und das nennen die Sentimentalen Liebe. Und dazu gehört auch du, kleine Lies.“
Lies hatte vor Schreck die Schere fallen lassen.
„Ja, aber beste Gisela, womit erklärst du dann aber das, wie du behauptest, meist eintretende Aufhören dieser Anziehungskraft? Solange diese Elektrizitäten verschieden sind, müssen sie sich doch immer anziehen?“
„Doch nicht, kleine Lies. Elektrische Ströme sind unberechenbar.“
Jetzt sprang Lies auf. Ihre Augen flammten.
„Gisela verzeih mir, — aber — du bist total — überheumat.“
„Sage doch ruhig verrückt, kleine, denn das findest du ja doch. Uebrigens — um auf ein anderes Thema zu kommen — du nährst ja noch immer keine Bindeln?“
Lies wurde dunkelrot. Sie begriff als junge Frau diesen schalen Ton ihrer Schwägerin einfach nicht.
„Himmel, mach nur nicht solch empörtes Gesicht, wir sind doch unter uns. Im Grunde kann ich dir ja nur gratulieren. Ich denke es mir den schwersten Schicksalschlag, ein Kind zu haben.“
Auj und ab wippte die Frau Doktor die Nackseite ihres steilchen, schmalen Schüchens.
Lies war blaß geworden.
„Wie du jetzt redest, Gisela, das ist Lüge. Vielleicht ist es gerade das, was dir fehlt, das Muttersein.“
„Um Gotteswillen, kleine! Ich und Mutter! — Nie, — ich glaube, ich würde verrückt.“
„Das haben schon viele gesagt und sind nachher die besten Mütter geworden.“

„O, wie du weise bist, kleine Lies! Über sieh mal, es beansprucht, daß sich das ganze Haus darum dreht, die Nähe mit Pflege, Wartung, ewigen Geschrei — um Gotteswillen! Ich würde total wahnsinnig.“
Lies konnte nicht antworten.
„Arme, arme Frau!“ dachte sie nur immerzu. „arme Frau!“
Sie hätte ihr antworten, sie widerlegen mögen, aber es widerspreche ihr, ihr Heiligstes so preiszugeben. Und sie schweig.
„Apropos, da hätte ich beinahe die Hauptfrage vergessen!“ rief Gisela und stand auf.
„Du und Anut möchtest doch morgen abend gemütlich zu uns kommen. Das heißt, Ernsts Zuhauselein ist ja immer der reine Zufall. Aber vorläufig ist er morgen abend frei. Nicht wahr, ihr kommt?“
Lies nickte.
„Ja, Gisela, ich denke, daß Anut nichts anderes vor hat.“
„Dann adieu und auf Wiedersehen!“
Da brachte Lies die andere vor die Tür und atmete erleichtert auf, als sie die Treppe hinuntertauschen sah. Und ging dann langsam zurück durch ihre lieben, kleinen Stuben. Wo sie jedes Stück selber zusammen mit Mutter ausgefacht hatte oder mit hergebracht aus ihrem Mädchenstübchen in Almer. Die Bilder der Eltern auf ihrem Schreibtisch, das große Aquarell von Rainer, das ihre Eltern zur Hochzeit gemalt, das bunzte Fräulein vor ihrem Nähtisch, das Großmutter noch mit ältlichen Händen. Ihr ihr Entschluß gesteht — alles hatte seine eigene, heimliche Sprache und hatte ihr etwas zu sagen, Urbe, süße Worte aus der Heimat, aus der Mädchenzeit.
Langsam ging Lies zum Balkon zurück, wo ihre Näharbeit noch lag. Sie setzte sich wieder in den tiefen Korffesse und wollte leichtig sein.
Aber ihre Hände sanken in den Schoß und ihr Blick ging über die grünen Baumwipfel hinweg auf den klimmenden Schloßteich. Wie war das möglich, daß ein Weib, eine junge Frau so sprechen konnte wie Gisela? Was es nicht das Heiligste auf Gottes großer, wunderbarer Erde, das minzige, — me, unscheinbare Wörtchen: Mutterchaft? War der We, ante nicht so groß, so betauschend, so unsäßer — unter seinem Herzen tragen

zu dürfen das Süßeste, Heiligste, was man empfangen von ihm, dem man Leib und Seele dahingegeben zum ewigen Eigentum? Von ihm, dem man seine erste bräutliche Liebe geschenkt, die dann wuchs und wuchs zu einer Liebe, die nimmer aufhören konnte? Sag nicht in dem Wort, „Mutter sein“ eine Fülle von namenlosem Glück? Aber auch von heiligster Pflicht und höchster Verantwortung? Verantwortung einem kleinen, willenlosen Wesen gegenüber, dem man das Leben, dieses wunder-same Rätsel, aufzuswingen im Begriff stand?
Heilige Hände sollen Mutterhände sein, die ein Kind zuerst hinführen ins rätselhafte Dasein. Heilige Herzen sollen Mutterherzen sein, die ihr Kind, ihr neugeborenes schon, emportragen im Gebet vor das Antlitz dessen, der sie segnet in so großer, wunderbarer, unsäßer Weise. Heilige Seelen sollen Mutterseelen sein, denn in ihnen ruht der Keim der zukünftigen Seele ihres Kindes. Der kleinen, scheuen, fremden, unbeholfenen Kindesseele, die sie geweckt haben aus dem Nichts zum Leben. Heilige Wonbe sollen die Wonbe sein, in denen die Mutter zweites Leben wachsen sieht unter ihrem Herzen. Heilige Gedanken, großes, tiefes, reines Sinnen soll es sein, was diese Zeit einer Mutter Seele füllt, denn sie gibt das Gepräge für Anlage und Charakter des kommenden Kindes. Hier erst gelangt das Pflanzrinnenamt des Weibes zur höchsten Entfaltung seiner sittlichen Macht und Größe. Denn die Mütter tragen die Zukunft; und mit ihr das Glück der Menschheit.
Ueber den Schloßteich der kam ein süßer Duft von blühendem Jasmin. Nicht übers Wasser schossen die jauchenden Schwalben. Lies sah noch immer regungslos, die Hände im Schoß gefaltet.
Da lang ein Schritt nebenan.
Auf der Schwelle der Balkontür stand Anut.
Er beugte sich über sie und lächelte sie.
„Liebling, moorn träumst du?“
Da sah er Tränen in ihren Augen. Fests, fest an ihm lehnte sie sich und legte ihren Mund dicht an sein Ohr.
„Von unserem Kind.“
Im Garten aber zwitscherte traumverloren eine Amsel.
(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 25. März 1926.

Amthliches. Uebertragen wurde eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Ebershardt dem Hauptlehrer Hagenlocher in Kälberbronn.

Schlupprüfung an der VI. Klasse der Latein- und Realschule Nagold. An der VI. Klasse der Latein- und Realschule Nagold haben heute 18 Schüler(innen) die mittlere Reifeprüfung mit Erfolg bestanden, u. a. Alfred Dietz, Hans Grüner, Klara Dierck, Artur Schwarz, Lore Wucherer, sämtlich von Altensteig, Fritz Walz von Egenhausen.

Die Reifeprüfung haben gleichzeitig bestanden die Zwillingbrüder Otto und Fritz Käßle, Söhne des Oberamtsbauamtsleiters Käßle, sowie Jakob Walz, Sohn des Möbelfabrikanten J. Walz hier.

Neue Luftpostwertzeichen. Am 1. April kurz vor Eröffnung des diesjährigen Flugverkehrs, wird mit dem Verkauf neuer Luftpostmarken zu 5, 10, 20, 50 s, 1, 2, 3 M und neuer Luftpostarten zu 15 s begonnen. Das Markenbild der neuen Wertzeichen stellt einen von einer Felsenspitze zum Flug aufsteigenden Adler dar. Die Verwendung von Luftpostmarken empfiehlt sich zur Freimachung von Luftpostsendungen, um diese besser kennzeichnen zu können. Die Marken können hierbei für sich allein oder zusammen mit den gewöhnlichen Freimarken benutzt werden. Luftpostwertzeichen sind bei den Postanstalten in den Flugorten und bei einer größeren Anzahl anderer Postanstalten erhältlich.

Freudenstadt, 25. März. Der frühere Großherzog von Hessen mit Frau und Söhnen ist wieder, zu gleicher Zeit wie voriges Jahr, zum Kuraufenthalt hier eingetroffen und hat im Hotel „Kappen“ Wohnung genommen.

Marshallenzimmern, 22. März. Auf der Straße Dornhan-Marshallenzimmern stürzte am Sonntagabend ein in Begleitung eines Frauenzimmers von Dornstetten kommender Motorradfahrer aus Willingen. Während Motorrad und Begleiterin ziemlich verschont blieben, hat sich der Lenker ansehend schwere äußere Verletzungen zugezogen. Er wurde von einem hiesigen Motorradfahrer, der kurz hernach die Unfallstelle passierte, ins hiesige Krankenhaus Dornhan verbracht, von wo aus er bereits gestern von einem Willinger Sanitätsauto abgeholt wurde.

Stuttgart, 24. März. (Sonderzug mit Fahrpreisermäßigung nach Oberndorf.) Am Gründonnerstag, den 1. April verkehrt bei entsprechender Beteiligung ein Sonderzug 3. Kl. von Stuttgart Hbf. nach Oberndorf.

Marie Josenhans f. Nach längerem Leiden ist die Gemeinderätin Marie Josenhans im Alter von 70 Jahren gestorben. Die Verstorbenen, ein edler, löblicher Charakter, hat sich über 30 Jahre hingebend der Armenfürsorge, der Wohlfahrtspflege und der Wohltätigkeit gewidmet. „Ihren allen Weiblein“, von denen sie mit warmherzigem Humor in ihren beiden bekannten Büchern „Meine alten Weiblein“ zu erzählen wußte, wird sie sehr fehlen. Ueber 40 Patenkinder wird jetzt die „gute Tante“ fehlen, die so häufig über ihre Lieblichen in dem Bächlein „Meine jungen Freunde“ geplaudert hat. Viele Jahre hatte sie als Vertreterin der Bürgerpartei Sitz und Stimme im Stuttgarter Gemeinderat.

Tuttlingen, 24. März. (Ein Protest.) Kürzlich fand eine von den Handels- und Gewerbeverbänden einberufene Protestversammlung gegen die erdrückende Steuerlast statt, die überaus stark bejammert war. Die Referenten Dr. Dold und Dr. Schmid gaben erschütternde Zahlen über den gegenwärtigen Stand der Tuttlinger Arbeitsverhältnisse: 1600 Personen gleich 10 Prozent der Bevölkerung sind voll- oder teilweiserlos, ein weiterer erheblicher Teil arbeitet verkümmert. Wesentlich schuldig an diesen traurigen Zuständen sind neben den überhöhten Zinsen die jermalmenden Steuern. Die Rot der Wirtschaft spiegelt sich in den Gemeindefinanz- und Staatshaushaltsplänen nur unmerklich wieder, diese zeigen vielmehr immer größere Ausgaben und nicht immer für durchaus notwendige Zwecke. Zu ihrer Deckung wurde die Grund- und Gebäudesteuer auf den Hachen, die Umlage für die Amtskörperschaft auf den Hachen vorerhöht. Es ist kein Wunder, wenn dann noch durch die verdoppelten Soziallasten die Konkurrenzfähigkeit der Industrie leidet und Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Die für die hiesigen Erwerbslosen aufzubringenden Mittel sind auf die Dauer einfach unbenutzbar, umso mehr, als sie unproduktiv verausgabt werden. In einer Entschließung, die dem Staatsministerium zugesandt wurde, wird Vereinfachung und Abbau gefordert, Befreiung der Gebäudeeinkommensteuer und Wohnungswirtschaft.

Ulm, 24. März. (Eingemeindung von Grimmelfingen.) Das Ministerium des Innern hat die Vereinigung der Stadtgemeinde Ulm und der Gemeinde Grimmelfingen zu einer Gemeinde mit Wirkung vom 1. April 1926 ab genehmigt.

Biffingen ob Lontal, 24. März. (Einbruch und Diebstahl.) Im Hause des Gemeindepflegers wurde am Sonntag, während die Bewohner in der Kirche waren, eingebrochen und der Gemeindefassenschatz im Betrag von 3000—4000 Mark gestohlen. Von den Dieben hat man noch keine Spur.

Obermarthal, 24. März. (Ein Schuß auf den Vater.) Unvorsichtiges Umgehen mit einem Revolver hat beinahe ein Menschenleben gekostet. Ein 7 Jahre alter Schüler nahm in einem unbewachten Augenblick den Revolver seines Vaters in die Hand, wobei ein Schuß losging und seinen Vater nahe am Herzen traf.

Koppenweiler, 24. März. (Brand.) Gestern brannte das Defonon Fidei Schwarz gehörende Stall- und Futtergebäude nieder. Das Vieh und Inventar konnten gerettet werden.

Hohentengen, 24. März. (Vorfall mit giftigen Flüssigkeiten.) Das 1 1/2-jährige Töchterlein des Bäckermeisters Johann Sorg erkrankte in einem unbeaufsichtigten Augenblick ein Gefäß mit Lauge, trank davon, litt an heftigen Schmerzen und starb am Tage darauf.

Mergentheim, 24. März. (Tagung.) Der Landesverband der Eogl. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Württembergs hält an den Pfingsttagen hier seine Landesversammlung ab.

Mergentheim, 24. März. (Herbstmanöver der Reichswehr.) Die diesjährigen Herbstmanöver der Reichswehr und zwar der 5. Division in Stuttgart und der 7. bayerischen Division in München finden im September d. Js. in der Gegend von Mergentheim, Rothenburg, Würzburg und Wehrheim statt.

Dietersheim, 24. März. (Kircheneinweihung.) Am Sonntag wurde die neue Kirche von Bischof Dr. v. Keppeler eingeweiht. Beim Einzug in die Kirche wirkte auch das 40 Mann starke Bürgermiliz mit, das in einer der früheren bayerischen Uniform ähnlichen Kleidung mit Napfenhelmen erschienen war. Der Bischof hielt die Festpredigt über die Bedeutung der Kirche und des Staats als lebendiger Mittelpunkt unseres Lebens, als Stätte der Erziehung, als Zufluchtsstätte in allen Leiden und als feste Burg im geistigen und religiösen Leben.

Friedrichshafen, 24. März. (Von der Zeppelinwerft.) Dem Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen ist aus dem bisherigen Ertrag der Zeppelin-Gesellschaft eine erste Rate von einer halben Million Goldmark zur Verfügung gestellt worden. Da bisher noch nicht feststeht, wie groß der künftige Zeppelinverkehr sein wird, und die endgültigen Pläne erst nach dem Ergebnis der Pariser Luftfahrtverhandlungen in Angriff genommen werden können, werden jetzt diejenigen Konstruktionsstellen gebaut, die für alle Zeppelintypen normal und von der jeweiligen Größe des Schiffes unabhängig sind.

Die Einkommensteuererklärungen

Gegenwärtig sind die Steuererklärungen über das Einkommen des Jahres 1925 abzugeben. Hierzu ist nicht nur verpflichtet, wer bisher seine Vorauszahlungen nach dem Umsatz oder nach dem Vermögen oder nach dem sich aus einer Zwischenbilanz ergebenden mutmaßlichen Gewinn entrichtet hat, also die Gewerbetreibenden, sondern auch wer die Vorauszahlungen nach den Ueberschüssen der Einnahmen über Wertungskosten entrichtet hatte, also die freien Berufe, ärztlichen Gehaltseinkünfter, Hausbesitzer und dergl. Insbesondere aus den letzteren Kreisen wird sich mancher darüber wundern, daß er nunmehr noch eine Gesamterklärung für das Jahr 1925 abgeben hat, nachdem er bereits im Laufe des Jahres 1925 am Schluß jedes Vierteljahres, zuletzt im Januar 1926 für das letzte Vierteljahr des Jahres 1925, für die jeweils fällige Vorauszahlung deklarieren hat. Nichts ist, daß in manchen Fällen das jetzt auszubehrende Einkommen sich aus einfachem Zusammenrechnen der vier Vierteljahresbeiträge ergeben wird. Immerhin ist dies aber doch nicht die Regel, da für die Vorauszahlungen nicht alle Abzüge gemacht werden durften, die jetzt bei der Gesamterklärung zulässig sind, z. B. Abzüge für Abnutzung, Kirchensteuer, Versicherungsbeiträge. Auch bei denjenigen, die im Januar 1926 von der Behörde, ihrer letzten Vorauszahlung für 1925 das Gesamteinkommen dieses Jahres zugrunde zu legen, Gebrauch gemacht haben, kann von der Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung nicht abgesehen werden, da die Steuerpflichtigen damals noch keinen Vorbehalt für die Gesamterklärung hatten und daher keine Gewähr dafür besteht, daß die abgegebenen Erklärungen die Grundlage für eine richtige Veranlagung bieten. Es kommt nun aber gerade darauf an, nachdem die Einkommensteuerveranlagung in den Jahren 1923 und 1924 ausgefallen ist, jetzt endlich wieder eine richtige Einkommensteuererklärung und einen Steuerbescheid zu bekommen, da darauf die künftigen Vorauszahlungen aufzubauen werden. Für die Vorauszahlung, die am 10. April fällig wird, werden allerdings noch die Grundzüge des Steuerüberleitungsgesetzes mahnend bleiben müssen. Dagegen wird dafür gesorgt werden, daß insbesondere diejenigen, die noch Ueberschüsse der Einkünfte über die Wertungskosten verzeichnen, bis Ende Juni ihren Steuerbescheid in den Händen haben, sodaß die am 10. Juli und später fälligen Vorauszahlungen in Höhe eines Viertels der für das Jahr 1925 im Steuerbescheid festgestellten Steuerbeträge entrichtet werden können und es dadurch den Steuerpflichtigen erspart bleibt, ihre Vorauszahlungen jedes Vierteljahr wieder selbstständig zu erheben. Die heutige allgemeine Abgabe von Steuererklärungen bildet somit die Grundlage für die Ueberleitung von dem bisherigen anomalen in das künftige normale Vorauszahlungs-system.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Frist für die Abgabe der Steuererklärung an sich am 27. März abläuft. Wegen der Schwierigkeiten, die sich insbesondere für Gewerbetreibende nach der zweijährigen Unterbrechung bei der diesmaligen Abgabe der Steuererklärungen ergeben können, wird aber, wie das Reichsfinanzministerium mittelst, von der Festlegung von Zuschlägen wegen Fristverzümms abgesehen werden, wenn die Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärung spätestens bis zum 8. April, also zwei Tage nach Ostern, beim Finanzamt eintrifft. Im Interesse der Vereinfachung gilt das gleiche bei der Umsatzsteuererklärung.

Regierungsantworten auf Kleine Landtagsanfragen

Antwort auf die Kleine Anfrage des Abg. Scheel (Dem.) betr. das Reichsbesoldungsgesetz: „Der Reichsminister der Finanzen hat neuesten dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur einheitlichen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses überreicht, nach dem vom 1. April 1926 ab, also mit dem Aufheben des Besoldungsgesetzes, wenigstens auf dem Gebiete der Ostpreusseneinteilung und damit zusammenhängend des Wohnungsgeldzuschusses eine einheitliche Regelung für das Reich, die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften herbeigeführt werden soll. Die Regierung hält diese Regelung im Interesse der Vermaltung des Staates und der öffentlichen Körperschaften für zweckmäßig und hat daher ihre Vertretung im Reichstag angewiesen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Mit dem Aufheben des Besoldungsgesetzes am 1. April 1926 werden die vor dem Reichsfinanzgericht noch schwebenden Verhandlungsfälle gegenstandslos und können nicht mehr entschieden werden. Für die beim Reichsfinanzgericht anhängigen Termine dieses Monats ist Aufhebung veranlaßt.“

Was der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abg. Dr. Ing. W. v. d. Hiller (BB.) betr. Kleinrentnerfürsorge: „Nach Paragraph 16 der Reichsrentenversicherung soll die Fürsorge nicht abhängig gemacht werden von der Verantwortung eines angemessenen Haushaltes; dabei sind die besonderen Lebensverhältnisse des Hilfsbedürftigen zu berücksichtigen. Auch sonst soll von der Bewertung des Vermögens und von der Sicherstellung des Ertrages abgesehen werden, wenn dies eine besondere Güte für den Hilfsbedürftigen oder seine unterhaltungsbedürftigen Angehörigen wäre. Danach kann jetzt schon den Kleinrentnern die Rückzahlung zuteil werden, die sie billigerweise verlangen können. Im übrigen werden sowohl im Fürsorgeauschuss als auch im Besondereverfahren Vertreter der Kleinrentner mit beschließender Stimme zuzuziehen.“

Antwort auf die Kleine Anfrage der Abg. K. Müller und P. L. Lich (Str.): „Am die Stadtbaumeisterstelle in Marbach haben sich 58 Bewerber gemeldet. Der Gemeinderat hat, einem Beschlusse seines Verwaltungsausschusses entsprechend, am 28. Jan. 1926 mit Stimmenmehrheit für die Zwecke einer engeren Wahl bestimmte Richtlinien über das Ausschleiden einzelner Bewerber aufgestellt und hierbei unter anderem auch ausdrücklich bestimmt, daß nichtprotestantische Bewerber ausgeschlossen haben. An Hand dieser Richtlinien hat der Gemeinderat alle Bewerber bis auf drei ausgeschlossen und aus diesen in nichtöffentlicher Sitzung am 4. vor. Mts. einstimmig den neuen Stadtbaumeister gewählt. Die Vornahme der Stadtbaumeisterwahl in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats Marbach ist nicht zu beanstanden, auch ist festzustellen, daß nichtprotestantischen Technikern die Berücksichtigung an die Stelle nicht unmöglich gemacht war. Es hätten jedoch die von Nichtprotestanten eingelaufenen Bewerbungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden dürfen, weil damit der Gemeinderat entgegen dem Grundsatze des Art. 136 Abs. 2 der Reichsverfassung die Zulassung zu einem öffentlichen Amt von einem bestimmten religiösen Bekenntnis abhängig gemacht hat. Das Oberamt Marbach ist angewiesen worden, wegen Aufhebung des geschilderten Beschlusses des dortigen Gemeinderats vom 28. Januar 1926 das Erforderliche entsprechend dem Art. 187 der Gemeindeordnung zu veranlassen.“

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die Frühobsternte im Rheinland gefährdet. In der Nacht vom Montag auf Dienstag ist am Rhein und in den Nebenflüssen die Temperatur auf ein Grad, auf den Bergen auf 7 Grad unter Null gesunken. Da in den Tälern die Frühobstbäume schon in voller Blüte stehen, dürfte die Frühobsternte in diesem Jahre vernichtet sein.

Die amerikanischen Vertreter für die Abrüstungskonferenz. Wie im Weißen Hause mitgeteilt wurde, ist der Generalmajor Gibson zum Führer der amerikanischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz bestimmt worden. Die Vizeadmirale Jones und Long und der Brigadier General Harry Smith und ein anderer General werden ihm beigegeben werden.

Gerihtssaal

Brandstiftung

Kaiserslautern, 23. März. Das Schwurgericht verhandelte gegen den 39-jährigen verheirateten Landwirt Cornelius Fritsch aus Hühlerthal und den 35-jährigen verheirateten Tagelöhner Ernst Diehl aus Weidhaus (Baden), die unter der Anklage der Brandstiftung und des Verstoßes gegen das Feuerpolizeigesetz standen. Fritsch hatte im Sommer 1924 auf der Gemarkung Horbach für die im Schwarzenbachtal beschäftigten zahlreichen Arbeiter eine Kantine errichtet. Es war eine Holzbaracke, enthaltend einen Aufenthalts-, Verkaufs- und Schlafräum. Fritsch schloß unterm 8. Nov. 1924 mit der Brandenburger Feuerversicherungs A.-G. einen Vertrag ab, demzufolge die Baracke samt Mobiliar und Waren für die Summe von 8000 Mk. versichert wurden. Als die Arbeiten gegen Ende 1925 eingestellt wurden, verließ Fritsch mit Familie auch seine Kantine. Am 13. Dez. 1925 brannte die Baracke abends völlig nieder. Was nun Fritsch über die Art des Brandausbruches mitteilte, klang wenig glaubhaft. Er habe an dem betreffenden Abend nachgehoben, ob in der Baracke alles in Ordnung sei und zu diesem Zweck eine auf dem Tisch freistehende Kerze angezündet. In der Nähe habe sich allerdings ein Stroh Streichholz befunden. Das Urteil lautete gegen Fritsch unter Jubiläumsmildernden Umständen wegen Brandstiftung und Verstoßes gegen das Feuerpolizeigesetz auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft und 3 Jahre Ehrverlust. Diehl erhielt wegen Beihilfe zur Brandstiftung 4 Monate Gefängnis, wovon 1 Monat Untersuchungshaft in Anrechnung kommt.

Reineid und Körperverletzung

Stuttgart, 23. März. Das Schwurgericht hat den Polizeiwachmeister Klein wegen Körperverletzung und wegen Reineids um 20 Mk. Geldstrafe und 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde Klein wegen Fluchtverstoßes sofort in Haft genommen. Er hatte in einem Bescheidungsprozess unter Eid ausgesagt, einige junge Leute, gegen die er dienstlich einschritt, nicht geschlossen zu haben.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Rückgang des Trinkbrennweinsverbrauchs. Der Abfall für Trinkweide ist im letzten Vierteljahr 1925 weiter zurückgegangen; der Abfall der Monopolverwaltung betrug 131 000 Hektoliter gegen 107 000 Hektoliter im Vorjahre. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich gleichzeitig die Erzeugung der ablieferungsfähigen Brennweine etwas erhöht hat, ergibt sich trotzdem eine Abnahme von 22 000 Hektolitern gleich 16 Prozent.

Hörjen

Berliner Börse vom 24. März. Die schließlichen Nachrichten aus der Wirtschaft per Ultimo und die bevorstehenden Osterferien umfassen die Unternehmungslust an der Börse. Insbesondere zeigte die Börse ein recht lustiges Aussehen bei zum Teil weiter mäßigen abnehmenden Kursen. Die Fortfriesenleihen der Länder waren gut beauftragt und teilweise leiser, ferner waren Fortfriesenleihenbefehlsanträge von 30—50 s geblieben. In der Währungsfrage des Weltmarktes hat sich noch nichts geändert. Von Devisen notierten Oslo 58, Brüssel und Paris je 18 s niedriger.

Zeitschalter Hesse vom 24. März. An der Börse war heute die Rede des Ultimos zu verfahren, was sich zunächst in der Welt ausdrückte, daß die Devisenmarkt Realisationen vormalen und in weiteren Einengungen vorläufig war. Die Kurse gingen allerdings nur leicht zurück.

Getreide

Erntevorteil. Kalten: Sommerweizen 12.50—12.75, Weizen 12.50 bis 12.75, Roggen 9—9.20, Hafer 9—9.20, Gerste 8.50—9.20, Haber 8.50—9.20, Futtergerste 8.50—9.20, Weizen 12.50 bis 12.75, Roggen 8.50—9.20, Gerste 8.50—9.20, Haber 8.50—9.20, Weizen 12.50 bis 12.75, Roggen 14—15 s. — Riedlingen: Gerste 8.50—9.20, Haber 14—15 s, Saatgerste 10 s. — Tuttlingen: Weizen 12.50 bis 12.75, Roggen 12—13, Futtergerste 9.50—10 s der Sommer.



Wärte

Stuttgarter Zentralbörse vom 22. März. Der Verlauf der Gattion war normal. Bei kaltilchen kamen die Gebote zunächst ruhig und gingen anfanglich stark 5 Prozent unter letzte Woche. Erst bei letzten Preisen (Umlauf 1-2 Prozent weniger) erfolgte die Zulassung, dann aber ziemlich flott.

Ulmmer Schlachtrichmarkt vom 22. März. Zutrieb: 5 Cöhen, 5 Berven, 9 Rühle, 7 Rinder, 112 Rühler, 115 Schweine, Geflügel: Cöhen 44 bis 46, Ratten 1, 42-44, 2, 36-40, Rühle 2, 28-32, 3, 18-20, Rinder 1, 44-46, 2, 38-42, Rühler 74-76, 2, 68-72, Schweine 1, 70-74, 2, 66-68, A. Nordwestmarkt. An allen Plätzen waren mäßig.

Schweinepreise. Bezugsbuch i. R.: Käufer 45-46, Milchschweine 38-40 A. - O. Bälgen: Milchschweine 27-30, Bälgen 4-7 A. - O. Bälgen: Käufer 77, Saugschweine 38 A. - O. Bälgen: Milchschweine 32-35 A. - Ravensburger Geflügel 45-46, Käufer 60-60 A. -

Dornstetten, 21. März. (Brennholzpreis.) Hofamt Dornstetten erlöste beim Brennholzverkauf am 22. März für einen Km. Kadelholzpreise 17,70 A., einen Km. Prügel 10,90 A., einen Km. Anbruch 12,50 A. Gesamterlös: 2830 A., Gesamterlös: 3814 A., gleich 135 Prozent.

Wein

Württembergische Weinbörse. Im Kuriosal in Cannstatt fand am Mittwoch die 1. Stuttgarter Weinversteigerung statt. Angeboten waren 888 Oetoliter 1926er Rotweine, darunter 102 Oetoliter Schüler und 2 Oetoliter 1926er durchwegs württ. Erzeugnisse. Während Trofingener ziemlich gut begehrt waren, wurde auf Schüler zum Teil überhan sein Gebot abgegeben. Rotweine waren 508 Oetoliter angeboten vorwiegend Riesling. Inner 1300 Flaschen Oetoliter 1926er und 300 Flaschen Oetoliter 1926er. In Bezug der Versteigerung war die Resultat sehr gering, nachdem gleich bei den ersten Gemälde hohen Geboten kein Zuschlag erfolgte. Von den 300 Oetolitern Rotweinen wurden nur 87 Oetoliter verkauft, wovon der Stuttgarter Reichsleiter Stuttgart 38 Oetoliter erwarb. Es folgten im einzelnen Hausnummer 60 A. Oetoliter Trofingener 110 A., Weinberger Trofingener 100 A., Mühlbacher Rotwein 88 A. Auch die Rotweine wurden größtenteils wegen unbedeutenden Gebots zurückgelassen. Es erzielte Riesling Rotweine und Riesling 100 A., Mühlbacher Oetoliter 70 A., Rotwein Riesling 80 A., Späthaus Riesling und Späthaus 88 A.

Konfiserie

Adolf Prosch, Schuhmacher und Schuhhändler in Vödingheim August Meister, Schuhmachermeister in Vödingen. Ueber den Nachlass der verstorbenen Ernestine Richter, geb. Bayer, Ehefrau des Albert Richter, Glasers in Leonberg Geschäftsanfragen Sally Schönberg, Kaufmann, Detail- und Engros-handlung in Trötlingen, Stuttgart Württ. Herrenschneiderei Deggingen, Süßkind & Co., Deggingen Heinrich Kübling, Damenputz- und Hutgeschäft in Ulm

Letzte Nachrichten.

Die Miete im April

Berlin, 25. März. Nach einer Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“ wird die gesetzliche Miete im April voraussichtlich um 10 Prozent erhöht werden. Es werden also 94 Prozent der Vorkriegsmiete zu zahlen sein, während die Mieter, welche die Schönheitsreparaturen selbst ausführen, 90 Prozent zu zahlen haben.

Zur Umbenennung des Königsplatzes in Berlin

Berlin, 24. März. Die Bezirksversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung den Einspruch des Bezirksamts Tiergarten gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, den Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude in „Platz der Republik“ umzubenennen, abgewiesen.

Die Wilhelm Kauffmann Textilwerke Dresden in Konkurs

Berlin, 24. März. Nachdem sich die Verhandlungen mit den Banken und den Baumwollgläubigern verschlagen haben, wurde heute, laut „Deutsche Konfektion“ seitens des Herrn Wilhelm Kauffmann der Konkurs der Wilhelm Kauffmann Textilwerke in Dresden angemeldet. Der Konkursverwalter wird zu entscheiden haben, ob und inwieweit die Fabrikbetriebe stillgelegt werden. Es soll ein Zwangsvergleich vorbereitet werden.

Der neue deutsche Botschafter in Madrid

Madrid, 24. März. Der neuernannte deutsche Botschafter Graf Welczek hat heute dem König von Spanien in feierlicher Audienz sein Beglaubigungsschreiben überreicht und hierbei seine Antrittsrede in spanischer Rede gehalten. Der König versicherte in seiner Erwiderung, daß er und seine Regierung fortgesetzt bemüht sein werden, die Bande der Freundschaft und der Herzlichkeit zwischen Spanien und Deutschland zu festigen.

Feuersbrunst in Guatemala

Newyork, 24. März. Nach Meldungen aus San Salvador zerstörte eine Feuersbrunst einen Teil des Geschäfts-

viertels von Guatemala. Bisher liegen keine Meldungen über Verlust an Menschenleben vor.

Das Urteil im Matteotti-Prozess

Chiati, 24. März. In dem Prozess gegen die Mörder Matteottis verurteilte das Gericht heute Dumini, Volpi und Poverono zu 5 Jahren 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Prozesskosten. Gleichzeitig wird ihnen für immer das Recht aberkannt, öffentliche Ämter zu bekleiden. Malacria und Biela wurden freigesprochen. Das Urteil sieht ferner einen bedeutenden Strafnachlass für die Verurteilten vor.

Wie die Blätter aus Chiati melden, dürften die drei Angeklagten im Matteotti-Prozess, Dumini, Volpi und Poverono, die wegen unbeabsichtigten Totschlages zu 5 Jahren 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt worden sind, in Kürze freigelassen werden, da von der verhängten Strafe durch die Amnestie für politische Vergehen 4 Jahre in Abzug kommen und der verbleibende Rest zum größten Teil als durch die Unterjuchungshaft verbüßt angesehen wird.

Schwere Explosion auf einem Fischdampfer

Berlin, 25. März. Nach in London eingetroffenen Berichten aus Grimsby ist gestern an Bord des englischen Fischdampfers Salmonby eine Explosion erfolgt, wodurch 11 Mann der 13 Mann starken Besatzung des Dampfers getötet wurden. Das Verdeck des Dampfers ist durch die Gewalt der Explosion in die Luft gesprengt worden. Es steht noch nicht fest, ob es sich um eine Kessel-explosion handelt, oder ob der Dampfer auf eine Mine gelaufen ist.

104 Tote bei einem Schiffunglück

London, 24. März. Die Lloyds Register aus Manass gemeldet wird, ist der brasilianische Dampfer „Paes de Carvalho“ unterwegs in Brand geraten und in der Nähe von Courcy mit Ladung und Mannschaft gesunken. 104 Personen sind ums Leben gekommen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Faust. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Schwäbischer Merkur, Stuttgart
Gegründet 1785
Führende Tageszeitung Württembergs / Täglich zwei Ausgaben
Größter Handelszeitung / Erfolgreichstes Anzeigenblatt / Wertvoller Stellenmarkt
Bezugspreis Mk. 3.50 im Monat / Anzeigenzellenpreis 35 Pfg. / Für Exportanzeigen
Auslandswochenausgabe des Schwäbischen Merkur

Agenbach.
Verkaufe meine ältere, starke
Rappstute

Johannes Wurster,
J. Lamm.

Nichelberg Oberamt Calw.
Die Gemeinde verkauft am **Mittwoch, den 31. März 1926, nachmittags 3 Uhr** auf dem Rathaus im öffentlichen Auktionsverfahren, in Distrikt I, Abt. 6 beim Meistern:
21 Km. Prügel,
39 Km. Anbruch,
1 Km. buch. Scheiter,
an den Meistbietenden.
Der Gemeinderat.


Die neuen Ullstein-Modellen sind erschienen!
Mit den neuen Modellen zum Selberschneiden für Frühjahr und Sommer. Es sind drei: „Damenmoden“ M. 1.75, „Kinderkleidung“ M. 1.25, das „Große“ Album, das alles vereinigt, M. 2.50.
Erhältlich bei
W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

Motorrad
D.R.W., 2 1/2 PS., neuwertig, für 300 Mk. sofort zu verkaufen bei Bechtel, Höfenbergstraße, Altensteig.
Montag
werden wieder Febern gereinigt, ich bitte um Voranmeldung zwecks Stundeneinteilung, damit möglichst darauf gewartet werden kann und niemand die Bettstätte über Nacht entbehren muß.
Reinhold Haber, Altensteig

Altensteig.
Bestellungen auf verschiedene Sorten

frische See-Fische auf Karwoche
nimmt bis Freitag Mittag entgegen
Chr. Burghard jr.

Eine junge
Ruh

samt Kalb, unter zwei die Wahl, verkauft
Gottlieb Rutschler, Schuhmachermeister, Engländerle.

Ettmannsweiler.
Schönen
Zucht-Farren

(Simmenthaler Gelbscheck) 18 Monate alt, sowie 10 Zentner
Saat-Hafer
verkauft
Gottlieb Rutschler.

Ein
Presserlehrling
einige Schleifer-Lehrlinge
werden angenommen
Otto Kallenbach, Altensteig.

Altensteig.
Jüngeres, williges
Mädchen
zur Beihilfe im Haushalt sucht
Heinrich Müller, Flaschnerle.

Gestorbene.
Nagold: Sara Killinger, geb. Riethmüller, 87 1/2 J.
Eßlingen: Emma Betsch, geb. Däuble, 31 J.
Neubulach: Eugen Friedrich Schwenter, 27 J.

Als praktische Oster-Geschenke empfehlen wir
Briefpapiere
in großer Auswahl von einfachster bis feinsten Ausführung in Kassetten, Blocks und Mappen
W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

NEU

„Sonn“ u. „Lüff“ K-Wagen
Prospekte durch
KORB-MAYER
SCHULSTR. 8 STUTTGART
über Mittag geöffnet.

Ansichts-Karten
In größter Auswahl, empfiehlt
W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

